

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister**

### **1) Aktueller Stand des Wassersanierungsprojektes Am Dürrgraben**

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fluch**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich habe schon vor einiger Zeit einmal angesprochen, dass es ein paar letzte „weißen Flecken“ gibt beim Ausbau des Grazer Trinkwassernetzes. Ein Anlassfall ist der Bereich Am Dürrgraben in Andritz, der sozusagen einen besonderen Hintergrund hat, weil durch die Situation des Hochwassers im Jahr 2005 sich dort einiges verändert hat.

Vorher waren die BewohnerInnen in diesem Gebiet durchaus mit ihren Hausbrunnen autark und waren nicht wirklich an einer Anbindung an das Grazer Trinkwassernetz interessiert, da das Hochwasser aber einige der Brunnen zerstört beziehungsweise verseucht hat, stellt sich jetzt die Notwendigkeit eines Anschlusses an das Wassernetz beziehungsweise einer Wassersanierung in neuer Form.

Nach meinem Wissensstand haben die Grazer Stadtwerke bereits begonnen, Vorerhebungen zu führen, ob eine städtische Wasserversorgung in diesem Gebiet möglich ist. Das Vorliegen eines konkreten Wassersanierungsprojektes ist die Voraussetzung dafür, dass die betroffenen Bewohner und Bewohnerinnen bei der Verwirklichung des Projektes eine Unterstützung seitens der öffentlichen Hand beziehungsweise durch die Stadt Graz erhalten können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e,**

wie der aktuelle Stand bezüglich eines konkreten Projektes der Wassersanierung für den Bereich Am Dürrgraben ist und mit welcher Unterstützung seitens der Stadt die betroffenen Bürger und Bürgerinnen rechnen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank für die Anfrage. Seit vergangenem Jahr wird eifrig daran gearbeitet, ich kann im Moment nur folgenden Stand noch sagen. Das Gesamtprojekt wird 1.225.000 Euro kosten, selbstverständlich müssen auch jene Personen, die in diesem weißen Fleck, wie wir es genannt haben, auch wohnen, einen Teil dazu beitragen. Die Förderungszusagen des Bundes und des Landes gibt es, Bund mit 15 Prozent, Land mit 10 Prozent, von den restlichen Kosten haben wir immer als Stadt Graz 30 Prozent bei anderen Projekten dazu beigetragen, das würde im Moment 281.400 Euro betragen und ich werde das auch demnächst zur Diskussion stellen, wie wir diese Herausforderung auch wirklich schaffen, das heißt, Voraussetzung ist eine politische Wohlmeinung, die finanzielle Voraussetzung, aber auch die politische Wohlmeinung dann hier im Gemeinderat, wenn wir wieder diese letzten Bereiche in Ordnung bringen wollen. Das Geld ist derzeit aber nicht im Budget, das heißt, da wird es noch eigene Gespräche brauchen, das Projekt ansonsten ist jetzt fertig, auch von den Größenordnungen und soweit mir bekannt ist, haben knapp 50 Familien bereits die Anträge unterschrieben.

## 2) Gehsteig Steinbergstraße

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine mündliche Anfrage beschäftigt sich mit der Verkehrssicherheit und zwar mit der Steinbergstraße und zwar, wenn man derzeit von der Einödstraße zu Fuß zur Steinbergstraße kommt und stadteinwärts gehen will, haben Sie einen wahren Spießrutenlauf zu absolvieren. Denn nach rund zehn Metern müssen Sie die Steinbergstraße direkt im Kurvenbereich überqueren, um zu einem sicheren Gehsteig zu gelangen. Und wie wir alle wissen, ist das auf dieser vielfrequenzierten Straße sehr schwierig und wenig empfehlenswert.

Nunmehr gäbe es aber die Möglichkeit, im Zuge der Sanierung der Steinbergstraße, die ja demnächst beginnen soll, den südlichen Gehweg von der Einödstraße

Richtung stadteinwärts zu verlängern – mit einem rund 80 Meter langen Gehsteig wäre diese Problematik gelöst. Allerdings wäre dafür ein Teil des Berghanges abzugraben, was natürlich mit Aufwand verbunden ist, jedoch jetzt, meine Damen und Herren, im Zuge der Sanierung der Steinbergstraße sicher wesentlich leichter umsetzbar wäre.

Die Kosten für diese Gehsteigverlängerung würden sich – inklusive Hangabtragung – laut ersten Berechnungen der Bezirksbauleitung Graz-Umgebung auf rund 21.000 Euro belaufen, wobei dies eine Maximalschätzung ist: Die Fachleute sind überzeugt, dass dieses Projekt kostengünstiger ausfallen werde: In Hinblick auf die Sicherheit der vielen Fußgänger, und darunter natürlich auch zahlreiche Schulkinder, wäre das sicher eine vertretbare Investition, meine Damen und Herren. Zumal sich ja auch gemäß Gehsteigübereinkommen das Land an den Kosten für die Errichtung dieses Gehsteiges beteiligen würde, wie seitens der Bezirksbauleitung bereits festgehalten wurde.

Was jetzt erforderlich wäre, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist eine rasche Entscheidung betreffend diese Gehsteigverlängerung, denn die Sanierungsarbeiten an der Steinbergstraße werden seitens des Landes voraussichtlich im Juni beginnen. Nachdem die zuständigen Stadtsenatsmitglieder vom zuständigen Bezirksvorsteher Leopold Stöhr über diese Sachlage bereits informiert wurden, stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, angesichts der Dringlichkeit dieser Angelegenheit im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz auf die Ressortverantwortlichen einzuwirken, damit eine rasche Entscheidung zugunsten dieser Gehsteigverlängerung getroffen wird? Ich bedanke mich (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Willi! Selbstverständlich bin ich auch schon vom Herrn Bezirksvorsteher und -stellvertreter in der vergangenen Woche bei meinem Bezirksbesuch draußen informiert worden, dass es jetzt diese neue Lösung gibt, die allerdings auch ein bisschen mehr Geld kosten wird. Ich werde es geschäftsordnungsgemäß erledigen, damit es auch ohne meine Koordinierungskompetenz seinen Lauf nimmt und dann das hoffentlich auch so erledigt wird für die BewohnerInnen im Bezirk draußen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Lärm dringt durch die Notausfahrt des Plabutschunnel**

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: In meiner mündlichen Anfrage geht es um den Lärm, der durch die Notausfahrt des Plabutschunnels im Grazer Norden dringt und dort für die BewohnerInnen eine Belästigung darstellt. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist richtig ist, dass der Plabutschunnel für tausende GrazerInnen eine wesentliche Entlastung bringt – für einige GrazerInnen im Grazer Norden bringt er leider eine zusätzliche gravierende Belastung. Es geht hier um die AnrainerInnen in Raach, die wegen der Notausfahrt Richtung Norden unter starkem Lärm leiden. Der Hintergrund ist der der Notausfahrt, und zwar durch diese Notausfahrt geht der Lärm von der Straße, von der Autobahn direkt an den Hang, wird vom Hang zurückgeworfen und somit sind die BewohnerInnen der angrenzenden Häuser davon betroffen.

Zweckdienlich wäre es natürlich, diese Notausfahrt zu verschließen, aber dann ist die ihr zgedachte Funktion nicht mehr zu erfüllen. Es muss jedoch klar sein, dass Lärmschutzmaßnahmen auf jeden Fall dringend notwendig sind, um diese Lärmbelastungen für die AnrainerInnen zu verringern.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die zuständigen Stellen der Stadt und die übergeordneten Gebietskörperschaften aufzufordern, Lösungen zu entwickeln, damit der durch die Notausfahrt verursachte Lärm und damit die Belastungen für die AnrainerInnen minimiert wird (*Applaus SPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Nachmittagsbetreuung**

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den Pflichtschulen wird über Vereine vermehrt die Nachmittagsbetreuung für Schulkinder angeboten. Auch private Schulen bieten während der Schulzeit ganztägige Betreuung ihrer Schülerinnen und Schüler an.

Problematisch wird die Situation für Kinder und deren Eltern aber in den Ferien und schulfreien Zeiten. Eines wird ja hoffentlich wohl außer Streit stehen: Die städtischen Horte werden in den Sommermonaten nicht als „Ersatz“ einspringen können. Die Horteinrichtungen der Stadt Graz leisten das ganze Jahr über hervorragende Arbeit. Es kann allerdings keine Lösung sein, dass in Ferienzeiten das Amt für Jugend und Familie zusätzliche Gruppen installieren muss, um den Bedarf für externe Schulkinder in den Horteinrichtungen abdecken zu können. Zumal die personelle und finanziellen Strukturen der Horte auf dem Landesgesetz aufgebaut sind.

Der einzig mögliche Ansatz: Es werden die Vereine und private Schulträger Lösungen anstreben müssen, um auch während schulfreier Zeiten eine Betreuung von Schulkindern zu gewährleisten.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

sind Sie bereit, das Stadtschulamt anzuhalten, mit den entsprechenden Vereinen für die Ferienbetreuung ein Konzept zu erarbeiten, um Schülerinnen und Schüler an Schulen mit Nachmittagsbetreuung auch in den Ferien zu betreuen? (*Applaus SPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **5) Fördermaßnahmen in der Erwachsenenbildung für MigrantInnen**

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Erwachsenenbildung für Migrantinnen und Migranten wird bezogen auf die Fördermaßnahmen immer noch zu wenig Bedeutung beigemessen. Langfristige, kontinuierliche, finanzielle Unterstützung auf allen Ebenen würde dem Abhilfe schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgende

### **A n f r a g e :**

Welche zusätzlichen Fördermaßnahmen planen Sie in der Erwachsenenbildung, um die Integration der Migrantinnen und Migranten zu verbessern? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lebenslanges Lernen ist überall wichtig auch für all jene, die zu uns ziehen, da bin ich mit Ihnen einer Meinung und ich werde das auch geschäftsordnungsgemäß erledigen. Ich weiß jetzt nicht welche Förderprogramme, auswendig, schon vorgesehen ist, aber Sie bekommen da Auskunft.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Brandschutz bei Hochhäusern; schriftliche Stellungnahme der Stadt Graz**

GR. **Reiter** stellt folgende Anfrage:

GR. **Reiter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Grazer Gemeinderat hat zum Thema Brandschutz in Hochhäusern am 22. September 2005 eine einstimmige Petition an den Steiermärkischen Landtag gerichtet. Der Landtag hat darauf reagiert und einen Unterausschuss dazu eingerichtet.

Bei diesen Unterausschusssitzungen war jeweils auch die Stadt Graz eingeladen, die jedoch nur durch Branddirektor Dr. Meisenberger und Ing. Pölzl von der Feuerwehr vertreten war.

Insbesondere wurde aber eine Stellungnahme der Stadt Graz aus politischer Sicht erwartet. Nach der letzten Sitzung des Unterausschusses am 20. März 2007 wurden Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ausdrücklich aufgefordert, aus Sicht der Stadt Graz zum Ersuchen des Unterausschusses bis längstens 30. März 2007 zur

Vollzugspraxis hinsichtlich des § 103 Baugesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 3 Feuerpolizeigesetz Stellung zu nehmen. Weiters wurde der Wunsch geäußert, dass bei der nächsten Sitzung voraussichtlich im Mai ein Vertreter der Stadt Graz von politischer Seite anwesend sein sollte.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Wurde dem Ersuchen des Unterausschusses des Landtags entsprochen und eine Stellungnahme der Stadt zur Vollzugspraxis des § 103 Baugesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 3 Feuerpolizeigesetz abgegeben und wird bei der nächsten Sitzung ein politischer Vertreter der Stadt Graz entsandt werden? (*Applaus KPÖ*)

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **7) Nicht umgesetzte Budgetmittel**

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, lieber Herr Bürgermeister! Wir haben heute ein Stück auf der Tagesordnung, wo es um die Übertragung von nicht umgesetzten AOG-Mitteln geht und auf diesem Stück ist auch eine Tabelle aufgeführt, in der wir lesen können, dass wir in manchen Ressorts der Stadt Graz im letzten Jahr 2006 eine gewaltig niedrige Umsetzungsrate erreicht haben. Das heißt, geplante und budgetierte Mittel wurden teilweise zu einem großen Prozentsatz nicht abgeholt beziehungsweise wurden einfach die Projekte, die offensichtlich geplant waren, nicht umgesetzt. Wir haben schon mehrfach in dieser



Stadt die Kritik einstecken müssen vom Bundesrechnungshof, dass die außerordentliche Gebarung ganz gerne aufgebläht dargestellt wird. Es scheint uns auch diesmal wieder so der Fall zu sein. Es geht immerhin insgesamt um 29 Millionen Euro von einem Gesamtbudget von 70 Millionen Euro, die letztes Jahr geplant waren in der außerordentlichen Gebarung, die nicht ihren vorgesehenen Zwecken zugeführt wurden. Entspricht einem sehr schlechten Umsetzungsgrad in der Höhe von nur 58 Prozent.

Während einzelne Ressorts ganz massiv ihren Rahmen ausgeschöpft haben, gibt es bei anderen teilweise mehr als die Hälfte der veranschlagten Mittel, die übrig bleiben. Dieses Ungleichgewicht ist für uns sehr schwer erklärbar insbesondere in einer Stadt, in der wir seit Jahren hören, es gibt kein Geld.

Meine

### **A n f r a g e**

daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werden Sie dafür Sorge tragen, dass wenn hinkünftig Projekte in einzelnen Abteilungen sich als nicht in dieser Zeit umsetzbar erweisen oder nicht umgesetzt werden und die dafür budgetierten Mittel im laufenden Rechnungsjahr damit nicht verbraucht werden, im Stadtsenat unverzüglich nach Bekanntwerden dieser Umstände eine Umschichtung der vorhandenen Geldmittel in jene Bereiche beraten wird, die bereits an ihre Grenzen stoßen beziehungsweise wo ganz dringlicher Handlungsbedarf besteht. Ich bitte um diese Beantwortung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, das möchte ich jetzt gar nicht geschäftsordnungsgemäß erledigen, weil ich es Ihnen sowohl als ehemaliger Finanzreferent, aber auch als Bürgermeister, der an den Budgetverhandlungen immer teilnimmt, gerne sagen möchte. Unser AOG-Budget, und so wurde es auch vorgeschlagen von unseren Finanzreferenten, und wir sind dem auch im Gemeinderat mehrheitlich gefolgt, sieht vor, dass wir im außerordentlichen Haushalt uns gebunden haben quasi selbst über diese Periode hinaus. Das sind also

Projektgenehmigungen, die hier im Laufen sind und es gibt bei unterschiedlichen Ämtern unterschiedliche Umsetzungsgrade und es liegt in der Natur der Sache, dass manche Ämter, die keine großartigen Genehmigungen und Verfahren und Bürgerinformationen etc. brauchen, ein Projekt schneller umsetzen und dadurch es auch zur Umsetzung kommt, also auch zur Auslastung zum Herausnehmen des gesamten Geldes und andere Projekte einfach länger brauchen. Und wenn dem so ist, können wir nicht am Jahresende einfach sagen, da ist ein Geld übergeblieben, jetzt beenden wir das, da müssen wir ganz normal wieder im Budget die AOG verändern, das ist jederzeit möglich, aber wir können sagen, in den letzten zehn Jahren hat der Auslastungsgrad immer, ich sage einmal, zwischen knapp 60 und 70 Prozent betragen und 30 Prozent konnten sowieso nie umgesetzt werden, das ist die Erklärung dazu und man müsste ganz einfach nur beim außerordentlichen Haushalt im Budget etwas ändern (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: 15 Millionen Euro zum Beispiel in der Baudirektion, die nicht umgesetzt wurden, 16 Millionen, die umgesetzt wurden. Ich sehe natürlich diese Geschichte mit der längerfristigen Projektbindung, ganz klar, und trotzdem ist es uns nicht ganz erklärlich, dass über den Zeitraum eines Jahres so ungenau geplant werden kann, wo wir doch auch wissen, dass Kosten nicht geringer werden mit Verschieben usw. sondern eigentlich auch noch parallel steigen, das heißt, dass sich das Problem nach hinten verschiebt und die Frage ist, wenn man dann dringende Erledigungen hat, ob man nicht dann, uns geht es darum, dass über die Ressorts hinweg immer wieder einmal Lösungen zu suchen sind und das ist etwas, was wir in dieser Stadt als Praxis so wenig erleben und das wäre ein Ansatz, wenn sich abzeichnet, dass nicht alles wie geplant läuft, noch einmal eine Schleife einzuziehen und zwischen den Ressorts darüber zu verhandeln, ob es nicht sinnvoller ist, in diesem Fall eine Umschichtung vorzunehmen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, das findet ja jedes Jahr ganz besonders statt. Glauben Sie, in angespannten Finanzzeiten sitzen wir gerade in der Stadtregierung

viele Stunden beisammen und schauen uns ganz genau an, welche Umsetzungsgrade haben die Projekte, welche werden noch länger dauern, aus welchen Gründen auch immer, auf wie viele Jahre kann man sie verteilen, wie kann man diese Planung neu aufsetzen und dann schaut man in der Zwischenzeit, was geht sich pro Jahr aus und diese Gelder werden selbstverständlich dann eingesetzt wieder in das nächstjährige Budget. Aber es gehört auch einmal richtiggestellt, so wie es da jetzt im Ausschuss wieder passiert ist.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Danke, Herr Bürgermeister! Also prinzipiell teile ich die Meinung der Antragstellerin, dass ein höherer Umsetzungsgrad und eine höhere Effizienz bei den AOG-Projekten insgesamt wünschenswert wäre aus verschiedenen Gründen. Die Gründe werden regelmäßig von den Rechnungshöfen, wie du das ja auch richtig angeführt hast, im Rahmen der Beurteilung unserer Rechnungsabschlüsse angeführt. Ich glaube also, dass hier eine gewisse Form der Budgetdisziplin durchaus wünschenswert wäre, eine höhere Bereitschaft, sich auch mit tatsächlich anfallenden Aufwendungen eines Jahres konkret auseinander zu setzen. Ich bin auch der Meinung, dass wir hier schon erste Schritte geschafft haben und dass es eine zunehmende Flexibilisierung im laufenden Budgetjahr sowohl in der ordentlichen Gebarung als auch in der außerordentlichen Gebarung gegeben hat und gibt und die Bereitschaft, auch ressortübergreifend einander Mittel zur Verfügung zu stellen, insbesondere wenn diese Mittel im Moment nicht gebraucht werden, durchaus erfreulicherweise gewachsen ist. Drittens möchte ich aber auch festhalten, dass ich nicht der Meinung bin, dass neue Projekte über diesen Umweg sozusagen finanziert werden sollen, weil das sozusagen am Budgetgemeinderat vorbeilaufen würde und die doch recht umfangreiche und genaue Planung eines Budgetjahres durcheinander bringen würde und auch den Sinn einer Budgeterstellung durchaus in Frage stellen würde. Sinn eines Budgets ist nämlich, einen Überblick über die Jahresprojekte, und soweit es mehrjährige Projekte sind, über die Laufzeit dieser Projektumsetzung zu geben und nicht dann im Laufe eines Jahres, man könnte ja sich vorstellen, es wird ein Projekt von vorneherein schon einmal höher budgetiert und im Laufe des Jahres bleiben die Mittel über, man erwartet das ja dann geradezu und wenn es passt, bringt man im Gemeinderat noch schnell was durch oder im

Gemeinderat ein Projekt ein, für das es eigentlich gerade im Zuge knapper Haushalte überhaupt keine Mehrheit gäbe, daher bin ich nicht der Meinung, dass man dieses Projekt forcieren sollte, ich habe auch als Finanzreferent auf solche Wünsche immer eher sehr zurückhaltend reagiert. Ich glaube also, dass hier von allem etwas richtig ist, im Prinzip ist das, was wir jetzt tun, eine vorweggenommene Debatte zum Rechnungsabschluss. Wir haben aus der Finanzdirektion alle Abteilungen ersucht, diesen mangelhaften Umsetzungsgrad zu begründen und dafür Erklärungen abzugeben und im Rahmen der Debatte über den Rechnungsabschluss, die hoffentlich heuer so bald wie möglich auf Grund der einlaufenden Informationen im Gemeinderat dann durchzuführen sein wird, werden wir im Detail über diese Fragen, die jetzt schon angeschnitten sind, diskutieren können (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Eine kurze Anmerkung. Natürlich wollen wir nicht, dass jetzt unterm Jahr lauter neue Blüten entstehen und dann jeder sozusagen glaubt, dass ist nicht das Ansinnen, sondern wir sehen eben, es gibt Bereiche, wo Projekte angegangen, zum Beispiel Schulsanierungen, wo ganz dringender Bedarf ist, das möglichst schnell voranzubringen, das ist eine Grundsatzentscheidung, die da ist, da ist das Budget ausgeschöpft worden zur Gänze, da könnte man darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, dort Geld hinzuschicken, wo es eben dringend ist, aber natürlich im Rahmen der hoffentlich vorhandenen Ziele für die ordentliche Gebarung würde ich mir das wünschen, was du jetzt gerade behauptet hast. Das stimmt nämlich leider nicht, dass nicht immer wieder unterwegs Projekte entstehen, wo dann plötzlich Geld auftaucht.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne einen Kommentar abgeben, nachdem in diesem Zusammenhang immer wieder die Bauämter genannt werden. Ich möchte da von meiner Seite einmal festhalten, dass es mich wirklich sehr gewundert hat, dass in einem Bericht in einer Zeitung aufgetaucht ist, der lediglich die Zahlen, so wie sie genannt worden sind, festgehalten hat und niemand, weder von der Finanzdirektion noch sonst jemand, noch auch jemand vom Gemeinderat bei den Ämtern

nachgefragt hat, wie ist diese Abweichung zu erklären. Und das hat mich deshalb gewundert, weil hier einfach Vorinterpretationen gekommen sind, die einfach nicht stimmen. Selbstverständlich stimme ich dem, was die Lisa Rücker gesagt hat, völlig zu, dass es wünschenswert ist. Aber ich habe dann selbstverständlich die Bauämter gebeten, eine genaue Darstellung zu machen, wieso es zu diesen Abweichungen gekommen ist. Und ich kann Ihnen sagen, dass nahezu jeder einzelne Euro damit zu erklären ist, dass erstens einmal etwa im Zusammenhang mit der HL-AG über sieben Millionen Euro Rechnungen, die erwartet wurden für 2006 und die budgetiert werden mussten, nicht gekommen sind. Da baut die Stadt gar nicht, sondern das ist ein Finanzierungsbeitrag zu einer Baustelle, die im Verantwortungsbereich der ÖBB liegt. Wir haben weiters etwa bei der Linie 6 Abrechnungen nicht freigegeben, einfach deshalb, weil hier Dinge zu klären sind, auch in einem nahezu zweistelligen Millionenbetrag. Wir haben drittens politische Entscheidungen gehabt, die so lange gedauert haben, dass die Mittel erst 2007 fällig werden, etwa die grünen Zonen, die sind selbstverständlich für 2006 gebucht worden, werden aber jetzt umgesetzt, ist auch ein höherer Millionenbetrag. Das heißt, ich würde einfach in Hinkunft alle bitten, die davon betroffen sind, sicherlich die Finanzdirektion, das trifft in diesem Fall auch meinen Kollegen Wolfgang Riedler und auch Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit derartigen Vorinterpretationen einfach vorsichtig zu sein, denn Tatsache ist natürlich, wir haben eine Reihe von Anrufen und von Mails gehabt, na super Burschen, ihr habt Geld, jetzt zahlt das, zahlt das und zahlt das. Das ist dann erst recht frustrierend für die Leute, wenn wir dann zurückschreiben, liebe Leute, das ist zwar in der Zeitung gestanden, aber es ist nicht wahr. Also, ich würde einfach bitten, es ist auch nie an uns herangetragen worden, eine genaue Bestandsanalyse oder genaue Bilanz zu ziehen, weshalb es zu diesen Abweichungen gekommen ist. Ich würde bitten für die Zukunft, das zu machen, bevor diese Vorinterpretationen sind, wir werden selbstverständlich das darlegen und dann können wir über das, was dann vielleicht noch verbleiben sollte, durchaus sehr gerne diskutieren (*Applaus ÖVP*).

## 8) Äußeres Erscheinungsbild der Thalia

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, angesichts der Thalia, respektive angesichts der Tatsache, dass das gegenwärtige Erscheinungsbild der Thalia vielen Grazerinnen und Grazern bekannt ist, kann ich mir einen ausführlichen Motivenbericht zu dieser Anfrage ersparen und außerdem gibt es ja seitens der KP heute noch einen dringlichen Antrag zu diesem Thema. Zu oft wurde vermutlich nicht nur ich darauf angesprochen, dass der Anblick, den der einstmals repräsentative Bau der Thalia zur Zeit bietet, schlichtweg erbärmlich ist.

Provisorisch abgeplankte Treppen, ein an eine halbfertige Tiefgarage erinnernder Vorbau und Reste von Baustellenmüll, die dort seit Jahren liegen, lassen PassantInnen darüber rätseln, ob der vor vielen Jahren begonnene Umbau noch immer nicht abgeschlossen ist, oder ob schlicht der Hausbesitzer seine ihm obliegenden Pflichten vernachlässigt.

Nun weiß ich wohl, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass es nicht die Aufgabe des Oberhauptes der zweitgrößten Stadt Österreichs sein kann, sich um jeden verwahrlosten Vorgarten zu kümmern, und dennoch nutze ich die Möglichkeit der Anfrage, um hier für Abhilfe zu sorgen, weiß ich doch, dass dir erstens eine in allen Belangen saubere, ordentliche Stadt am Herzen liegt, und zweitens weiß ich um deine guten Kontakte zu just jenem Bauträger, der für die „Thalia-Neu“ verantwortlich zeichnet.

Aus diesem Grunde richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e**

ob du dich (egal ob in deiner offiziellen Funktion oder als Freund des Kammer-Repräsentanten aller Bauträger) dafür einsetzen könntest, das Erscheinungsbild der Thalia dem Rang des Gebäudes und seiner prominenten Lage entsprechend zu verbessern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich werde das geschäftsordnungsgemäß erledigen, wir werden ja heute bei einem dringlichen Antrag auch noch diskutieren können, nur eines möchte ich gleich jetzt sagen, hat mit dem Inhalt nicht viel zu tun, aber meine Freunde suche ich mir noch selber aus, ich weiß nicht, wie du drauf kommst, ich bin mit dem Herrn Ingenieur bis zum heutigen Tag per Sie.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **9) Veranstaltungsrichtlinien**

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage an Sie geht es um die Veranstaltungsrichtlinien wieder einmal. Wie Sie ja wissen, die Gastgarten- und Veranstaltungssaison ist im Anklingen, was schön und gut ist, andererseits aber auch dazu führt, dass extrem viele Leute sich von zu vielen Veranstaltungen und zuviel Lärm extrem belästigt fühlen, noch dazu, wenn das vor ihrem Wohnzimmer, Schlafzimmer etc. stattfindet. Aus diesem Grund, weil wir das Problem seit langem kennen oder zumindest in den letzten fünf, sechs, acht Jahren immer wieder hier das Thema war, wurden ja die Veranstaltungsrichtlinien erstellt und nach einigen Jahren wurden diese auch evaluiert, weil es einfach die Erfahrung gezeigt hat, dass es gewisse Dinge gibt, die durch diese Veranstaltungsrichtlinien im Veranstaltungsbereich nicht abgedeckt werden. Es hat sich dann über das Präsidialamt, für das Sie ja zuständig sind, ein Arbeitskreis gegründet, der sich in sehr intensiven Sitzungen damit auseinandergesetzt hat, wie man diese Veranstaltungsrichtlinien überarbeiten kann, so dass sie eben sozusagen die Veranstaltungen pro Ort, also dem Ort gerecht ermöglichen und auch, dass die Veranstaltungen insgesamt höchstwahrscheinlich reduziert werden müssten. Es gab dazu ziemlich lange, breite, mittlerweile jahrelange Diskussionen, es wurde dann

sogar eine sehr sinnvolle Evaluierung durchgenommen, wo jeder einzelne Veranstaltungsort angeschaut wurde, wo geschaut wurde, wie viel laut waren die Veranstaltungen, wie häufig waren sie etc. Das Ganze sollte als Grundlage dazu dienen, um die Richtlinien sinnvollerweise zu überarbeiten. Ausgemacht war, dass wir zu Beginn des heurigen Jahres mit den Evaluierungen der einzelnen Plätze wieder zusammenkommen und uns dann überlegen, was die Schritte, die zu setzen sind, eben sind. Leider war es aber so, dass bis jetzt dieser Arbeitskreis nie wieder getagt hat und es jetzt die Evaluierung gibt, was super ist, aber leider keine wirklichen Ergebnisse bezüglich Veranstaltungsproblematik. Daher wird es wohl wieder so argumentiert werden, dass man im heurigen Jahr diesbezüglich nichts mehr machen kann und das Ganze wird dann auf das nächste Jahr verschoben. Nachdem nächstes Jahr die Wahl ist, können wir davon ausgehen, dass auch im nächsten Jahr im Frühjahr dieses Thema nicht diskutiert werden wird.

Daher meine

### **A n f r a g e**

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, der Sie ja auch für das Präsidialamt zuständig sind, warum liegen trotz der für Beginn 2007 in Aussicht gestellten Analysen aus den Platzevaluierungen noch immer keine Vorschläge zur Modifikation der Veranstaltungsrichtlinien vor beziehungsweise wird der zuständige Ausschuss überhaupt je wieder tagen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **10) Ausnahmegewilligung für Hebammen**

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:



Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft die Situation der Hebammen betreffend Ausnahmegenehmigung. Einige werdende Mütter entschließen sich zu einer Hausgeburt im Beisein eines Arztes oder einer Hebamme. Während der Arzt bei diesem Einsatz seinen PKW mit der Ausnahmegenehmigung 'Arzt im Dienst' auch in Kurzparkzonen abstellen kann, ist die Hebamme jetzt gezwungen in den flächendeckenden Kurzparkzonen einen Parkschein auszufüllen. Geburten können sich aber über Stunden hinziehen, das Ungeborene denkt noch nicht an Kurzparkzonen und Strafzettel.

Will die Hebamme keine Strafe riskieren, so muss sie während der Verrichtung ihrer Tätigkeit als Geburtshelferin immer wieder weg, um das Fahrzeug umzustellen oder neue Parkscheine nachzulegen. Es liegt wohl auf der Hand, dass die Arbeit der Hebamme dadurch wesentlich erschwert wird.

In Graz gibt es nur wenige Hebammen, die auch zu Hausgeburten kommen. Um diesen wenigen Frauen die Arbeit zu erleichtern, wäre eine Ausnahmegenehmigung von der Stadt Graz eine große Hilfe, die nur wenig Kosten verursachen würde.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie eine Möglichkeit sehen, den Grazer Hebammen für die Zeit einer Geburtsbegleitung Ausnahmegenehmigungen in Grazer Kurzparkzonen zu erteilen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, auch um diese Anliegen habe ich mich schon ein paar Mal gekümmert, es noch nicht geschafft, ich werde es geschäftsordnungsgemäß erledigen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 11) Reptilien

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In so manchem Grazer Haushalt finden sich nicht die üblichen Haustiere wie Katzen und Hunde, Aquarienfische oder Kanarienvögel, sondern Schlangen, Spinnen, Skorpione, Chamäleons, Echsen, Leguane und andere oft nur Experten und Liebhabern bekannte Arten von Reptilien. Zweiunddreißig gemeldete Haushalte in Graz sind Heimstätte solcher Tiere, geschätzte 300 weitere Reptilienfreunde beherbergen eine unbekannte Zahl von teils giftigen und gefährlichen, teils harmlosen Tieren dieser Art.

Obwohl es sich bei Reptilien nicht um niedliche Schoßtiere handelt, Schlange und Co auch nicht so putzig sind wie Knut der Eisbär, verdienen sie dennoch unseren Respekt und Schutz. Nicht nur wegen einer möglichen Gefährdung für den Menschen ist die Haltung solcher Tiere schwierig, da dafür ein großes Fachwissen Grundvoraussetzung ist. Problematisch wird die Sache dann, wenn einer dieser 'Lieblinge' entweicht. Aus Angst, Ekel oder einfach nur Unwissenheit werden viele Reptilien meist grundlos getötet. Würden jedoch Experten zu Rate gezogen werden, könnte einerseits das Tier schonend eingefangen und dem Besitzer zurückgegeben werden, andererseits könnte betroffenen Menschen bei harmlosen Tieren Beruhigung und bei Verletzungen durch Gifttiere rasch Hilfe geboten werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, von den zuständigen Stellen überprüfen zu lassen, inwieweit von der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit sachkundigen Personen Vorsorge getroffen werden kann, dass einerseits entwichene Reptilien artgerecht und nach den Kriterien des Tierschutzgesetzes in Verwahrung beziehungsweise im Falle von heimischen Tieren wieder freigesetzt werden können, und dass im Falle des Beiziehens eines solchen Sachkundigen dessen finanzielle Ansprüche im vorhinein geregelt werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat, das sollten wir auch ausweiten, um Spinnen und andere tropische Tiere, die auch im Grazer Stadtgebiet immer mehr zunehmen, wir werden uns damit der Feuerwehr wieder absprechen und werden es geschäftsordnungsgemäß dann Ihnen zustellen.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 12) Hochwasserschutz Andritz

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mit einer anderen Anfrage anfangen, aber grundsätzlich wird es trotzdem gutgehen. Im Bereich des Schöckelbachs in Andritz wurden von Seiten der Stadt Graz Maßnahmen getroffen, die dazu geeignet sein sollen, mögliche Überschwemmungen, wie sie etwa mit dem Hochwasser im August 2005 in Verbindung gebracht werden können, zu verhindern. Diese als Sofortmaßnahmen bezeichneten Bretterschläge am Bachufer sollen dazu dienen, dass der Bach mehr Wasser als bisher pro Zeiteinheit abführen kann.

Der Bachlauf wird durch diese Konstruktionen nicht etwa verbreitert, sondern vertieft. Genauer gesagt wird die Oberkante des Schöckelbachs ein wenig in die Höhe gezogen. Dadurch kann wohl an den mit dem Verschlag verbauten Teil des Baches mehr Wasser abgeführt werden. Irgendwo jedoch, meine Damen und Herren, ist auch der längste Verschlag logischerweise zu Ende.

Genau aus diesem Grund verbietet, denke ich, eigentlich der § 38 Wasserrechtsgesetz die Errichtung von Bauwerken, die dazu geeignet sind, Wassermassen auf fremde Grundstücke umzuleiten. Zumindest wurde diese

Bestimmung dazu herangezogen, um den vom letzten Hochwasser massiv betroffenen Grazerinnen und Grazern eben genau solche permanenten Schutzbauten auf ihren eigenen Grund und auf eigene Kosten, die sie dort errichten wollten, in der Errichtung zu untersagen.

Der Dialog mit den Betroffenen brachte noch weitere Informationen zu Tage, die ich Ihnen hier auch zur Kenntnis bringen möchte. Nach Aussage von Überschwemmungsoptionen finden sich am Schöckelbach einige besonders wirksame Austrittsstellen des Hochwassers, an denen kein Verschluss nach den derzeitigen Planungen angebracht worden ist. Eine Verstärkung der Ufer durch einen Bretterverschluss kann nun eine Erweiterung des Bachbetts durch Ausbaggerungen keinesfalls auf Dauer ersetzen. Daher wird letztlich dringend danach zu fragen sein, wann mit dieser mündlich ebenfalls schon seit langer Zeit angekündigten Maßnahme begonnen wird. In der Hoffnung auf eine baldige schriftliche Antwort richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit zu prüfen, in wie weit die Stadt mit ihren provisorischen Hochwasserschutzbauten am Schöckelbach hinsichtlich des Wasserrechtsgesetzes auf der sicheren Seite ist, und sind Sie bereit, darüber hinaus mit den vom Hochwasser betroffenen Menschen in Andritz hinsichtlich der von unserem Provisorium nicht erfassten wirksamen Austrittsstellen unverzüglich in Dialog zu treten und sind Sie darüber hinaus auch noch bereit, schriftlich zu erklären, wann mit dem Linearausbau am Schöckelbach tatsächlich begonnen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat. Die Frage beantworte ich unheimlich gerne, weil es gibt wenige Dinge, auf die wir so stolz sein können wie auf diese Arbeiten, die hier stattfinden. Die Landeshauptstadt Graz wird erstmals nicht nur umfassende Planungen erstellt haben für den gesamten Bereich, sondern wir haben gemeinsam mit dem Bund und dem Land, und es ist in allen Budgets enthalten, im

städtischen Budget, im Landesbudget und auch im Bundesbudget. 65 Millionen Euro, ein Milliarde Schilling in etwa, in der alten Währung zur Verfügung, um die jetzt fertiggestellten Planungen Schritt für Schritt auch umzusetzen. Da gibt es auch einen ganz genauen Fahrplan, Sie können ganz gerne vom Kollegen Rüschi und seiner Grünraumabteilung, also Abteilung für Grünraum und Gewässer, diese Unterlagen bekommen. Es gibt noch immer ein paar unverbesserliche Gegner, die hier auftreten, ich bin stolz darauf, was hier geleistet worden ist, dass diese Gelder da sind. Ich sage, Gott sei Dank auch im Landesbudget, ich habe sehr drum kämpfen müssen, dass sie hineinkommen, 65 Millionen Euro, jetzt kommt es darauf an, dass die Ablöseverhandlungen mit den Damen und Herren, die die Grundstücke entlang unserer Bäche besitzen, auch zügig vonstatten gehen und dann wird ein Bauprojekt nach dem anderen auch umgesetzt. Und wenn wir in der Zwischenzeit provisorische Maßnahmen sinnvollerweise machen, weil es kann morgen schon wieder ein Regen kommen, der zu Überflutungen führt, dann bitte das nicht negativ zu sehen. Wir wollen nicht in ganz Graz Bretterverschläge anbringen, aber an ganz wichtigen Stellen, wo das Wasser extrem übergetreten ist, wurden hier Vorkehrungen vom Kollegen Rüschi und seinen Abteilungen gemeinsam mit den Abteilungen des Landes getroffen und da möchte ich mich auch beim Land herzlich bedanken. So viel Mitarbeit und Unterstützung von Seiten des Landes und der Abteilungen haben wir schon lange nicht mehr bekommen in der Stadt Graz (*Applaus ÖVP*). Aber selbstverständlich werden wir Ihnen das Programm gerne zusenden.

**GR. Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es geht mir auf keinen Fall darum, irgendwelche Leistungen schlechtzureden oder herunterzumachen oder sonst irgendetwas. Ich möchte auch da jetzt nicht im Detail diskutieren, ob tatsächlich alle von den Anrainern beobachteten Austrittsstellen des Wassers tatsächlich erfasst wurden von diesen Maßnahmen, das kann man in einem kleinen Kreis sicherlich diskutieren. Worum es mir in aller erster Linie geht, ist Folgendes: Dieses Problem zieht sich schon sehr lange in diesem Haus hier dahin. Und worum ich Sie diesmal ausdrücklich, steht auch im Text drinnen, schriftlich gebeten habe, ist eine schriftliche Zusage, wo drinnen steht, wann genau mit diesen Linearmaßnahmen begonnen wird, weil das wurde auch schon sehr lange versprochen. Ich könnte jetzt auch

polemisch anfügen zum Beispiel, dass seit Ewigkeiten schon von Sofortmaßnahmen gesprochen wurde, zum Beispiel vor einem Jahr und die erst jetzt realisiert wurden und ob das Wort sofort dann nicht vielleicht falsch verstanden wurde, das möchte ich alles nicht tun. Ich möchte nur wirklich eine verbindliche und schriftliche Aufstellung eines Zeitplanes, wann mit diesen Linearausbaumaßnahmen begonnen wird.

Bgm. Mag. **Nagl**. Ich kann Ihnen nur noch einmal zur Antwort geben, dass dieses genaue Datum, das Sie wollen, niemals bekanntgegeben werden kann, solange wir uns in Verhandlungen mit Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt befinden. Für den Fall, dass wir nämlich zu keinen Einigungen kommen, müssen wir neben den Ablöseverhandlungen dann auch die Enteignungsverfahren starten, auch die dauern dann wieder, je nachdem, wann man damit beginnt, zumindest ein halbes bis zu einem Jahr. Und dann kann man erst die Baumaßnahmen treffen. Aber, wie gesagt, alles, was zur Zeit vorrätig ist, und noch einmal, die Arbeiten haben noch nie in einer solchen Präzision stattgefunden. Dankeschön auch an den Herrn Dipl.-Ing. Wiener, den Herrn Baudirektor und das gesamte Team draußen in den Planungsämtern. Die gesetzliche Angelegenheit muss ich Ihnen schriftlich beantworten, die kann ich da jetzt aus dem Stegreif Ihnen nicht erzählen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald**: Herr Bürgermeister, auf dieses halbe Jahr ungefähr oder was auch immer, was dann solche Verfahren dauern, auf das wollte ich nämlich in Wahrheit hinaus und das ist der Grund meiner großen Sorge. Verbunden ist dieser Grund damit eben, dass sich diese ganze Geschichte schon so lange hinzieht und ich denke, Sie werden das auch verstehen, warum die Menschen, die davon betroffen sind, mindestens dreimal mehr darüber in Sorge sind als ich.

Bgm. Mag. **Nagl**. Herr Gemeinderat, ich verstehe es sehr gut, nur noch einmal, es ist toll, dass das Geld da ist, weil vorher hat man weder Planungen über die gesamten Bachläufe noch die finanziellen Mittel. Jetzt ist alles da und jetzt macht es auch erstmals Sinn, den betroffenen Anrainern zu sagen, was Sache ist. Wir haben es im Übrigen laufend getan, kein Stadtrat war mehr in den betroffenen Bezirken als der Kollege Rüschi, das kann ich da auch noch einmal anmerken und der Herr Gemeinderat Rajakovics hat mir gerade gedeutet, dass er im Internet das ganze Sachprogramm auch schon aufgefunden hat, vielleicht können Sie es mit ihm dann auch gleich besprechen (*Applaus ÖVP*).

### **13) A 14-K-797/2003 – 10/Ergänzung HQ 100**

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Das Stadtplanungsamt hat ein Positionspapier der Landeshauptstadt Graz zur geplanten Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974 unter der Geschäftszahl A 14-K-797/2003 erarbeitet.

Hinsichtlich dieses Positionspapiers, das sich inhaltlich in zwei Punkte, Zersiedelung wirksam vermeiden und Verfahrensvereinfachung, gliedert, möchte ich dringend anregen, einen weiteren Punkt aufzunehmen, der da überschrieben werden könnte wie folgt:

Hochwasserschäden vermeiden – keine Bebauung in HQ 100

Bis jetzt haben wir uns in dieser Frage mit dem Provisorium einer Bausperre beholfen, um weitere Bebauung der letzten auf unserem Stadtgebiet noch vorhandenen Überflutungsflächen zu verhindern. Mit diesem Provisorium konnten wir uns über das Jahr 2007 hinüberretten.

Nun sind im aktuellen Bächeplan an 41 Grazer Bächen HQ-100-Bereiche festgestellt und ausgewiesen worden. Um zukünftige Hochwasserschäden auf unserem Stadtgebiet möglichst zu minimieren, wäre es sinnvoll, in das gegenständliche

Positionspapier der Stadt den Wunsch aufzunehmen, dass das Steiermärkische Raumordnungsgesetz in Zukunft den rechtlichen Rahmen bietet, Bebauungen in diesem aktuellen HQ-100-Bereich in Graz erfolgreich verhindern zu können.

Welche Schäden durch Bebauungen, die in Ausuferungsbereichen genehmigt und errichtet wurden, in den letzten Jahren in Graz entstanden sind, ist dem Gemeinderat nicht zuletzt aus der vorhergehenden Anfrage bekannt. Daher wäre eine Ergänzung unseres Positionspapiers um den von mir angeregten Punkt zum Vorteil für unsere Bevölkerung.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass das Stadtplanungsamt rasch eine Ergänzung zu unserem Positionspapier erarbeitet, die dem im Motivenbericht ausgeführten Problem zum Wohle der Grazer Bevölkerung Rechnung trägt?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **14) Wartezeiten bei Führerscheinstelle BPDion Graz**

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Bei dieser Anfrage möchte ich vorweg einmal festhalten, dass es in diesem Hause leider üblich ist, über das Instrument des dringlichen Antrags aus mit diesem vergleichbaren Problemen heraus Petitionen an die Bundesregierung oder Ähnliches mehr oder weniger wahlkampfwirksam zu diskutieren und zu verabschieden. Diese Möglichkeit habe ich nach den Bestimmungen unseres



Statutes nicht. Darüber hinaus halte ich es auch nicht besonders sinnvoll, und das möchte ich hier vielleicht einmal anmerken, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, nur weil die Kanonen einfach lauter sind als das Luftdruckgewehr.

In meiner Anfrage, zu deren Lösung in einem ersten Schritt sicherlich das von mir eingeforderte persönliche Engagement unseres Herrn Bürgermeisters ausreichen dürfte, geht es um die Wartezeiten, die Grazer BürgerInnen in Kauf nehmen müssen, wenn sie ein Amtsweg in die Hallen der Führerscheinstelle der Bundespolizeidirektion Graz führt. Für einen einfachen Antrag muss man dort im Schnitt gute fünf Stunden Wartezeit in Kauf nehmen.

Die in der Führerscheinstelle beschäftigten Beamtinnen und Beamten sind überaus fleißig und bemüht, die Anträge so rasch und so kundenfreundlich wie möglich zu bearbeiten. Allein, sie sind zu wenige, um die große Anzahl der Anträge so zu bearbeiten, dass unsere Grazer Bürgerinnen und Bürger keine unzumutbaren Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Bei diesen genannten fünf Stunden Wartezeit möge man sich bitte vorstellen, dass damit in Wahrheit fast ein ganzer Arbeitstag weg ist, wenn man so lange warten muss. Daher wenden sich die Beamten der Sicherheitsverwaltung in Graz über einen Aushang in dieser Führerscheinstelle mit der Bitte um Entschuldigung für die langen Wartezeiten an die Staatsbürger. Aus diesem Text des Aushangs möchte ich kurz zitieren: „Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden. Jedoch sollen immer kompliziertere Gesetze mit immer weniger Personal bewältigt werden. Die Sicherheitsverwaltung als viertes Korps der Österreichischen Sicherheitsexekutive ist dagegen permanenten Personalreduktionen ausgesetzt – seit 1995 sind es bereits hunderte Planstellen, die eingespart wurden.“

Die für jeden Grazer, jede Grazerin unzumutbaren Wartezeiten bei der Führerscheinstelle der Bundespolizeidirektion Graz haben ihre Ursache eben ausschließlich in diesem Personalmangel.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Sind sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Ursachen der unverhältnismäßigen Wartezeiten, die unsere Bürgerinnen und Bürger bei Amtswegen in der Führerscheinstelle der Bundespolizeidirektion Graz auf sich nehmen müssen, nach Möglichkeit behoben werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, den, Ärger teile ich mit Ihnen. Jemand aus meiner Familie hat vergangene Woche viereinhalb Stunden oben gewartet, fünf Stunden ist ein Durchschnittswert, bis man da oben drankommt, ich werde noch diese Woche Kontakt mit dem Herrn Polizeidirektor aufnehmen, damit das abgestellt wird, in welcher Form auch immer (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.***